

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 8,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 8,10 Mk. für den Monat. Postbezugskonto: Nr. 23 885 „Sozialistischer Verlag z. B. m. b. H.“, Breslau. Fernsprechnummer: Ring Nr. 8857.

Sonnabend, 19. Februar 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,60 Mk., auswärts 0,80 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespaltene oder deren Raum im Text 2,— Mk.

Bekenn! Euch am 20. Februar zum Kampfe für die Diktatur des Proletariats!

Proletariat, was hat Euch die „freieste Demokratie“, das „gerechteste“, „gleiche“ Wahlrecht, das „wahre“ Volksparlament bis jetzt gebracht?

Schloß grausame Enttäuschungen.
Entsetzliche Steigerung der Ausbeutung.
Not, Hunger, Elend für die Arbeitenden, Verzweiflung für die Arbeitslosen.
Massetoden Eurer Kinder und Frauen.
Unerhörten fortschreitenden Niedergang der Wirtschaft bei gesteigerten Profiten Eurer Ausbeuter.
Stillelegung der Betriebe, trotz des Mangels an Nöthigen für die breiten Volksmassen.
Ueber 70 Milliarden Defizit in einem einzigen Jahre.
Verhöhnung Eurer Not durch wahnwitzigen Eruß und Praßerei der Reichen.
Maschinengewehre und Handgranaten als Antwort auf Eure berechtigten wirtschaftlichen Forderungen.
Freipruch Eurer Mörder, Bluturteile für Eure Kämpfer, Ermüdung Eurer besten und edelsten Führer.

Proletariat, erkennt Ihr noch immer nicht den ungeheuren Volksbetrug der „parlamentarischen Demokratie“? Die wirtschaftliche Macht der Unternehmer, die feile von ihnen gekaufte Presse, die Bundesgenossen der Herren, die Kirche und die ihr ausgelieferte Schule, der Verrat und die Halbheit der sozialdemokratischen Parteien treiben Millionen Unangeführter zur Urne für ihre Ausbeuter oder deren Helfershelfer, während zahlreiche reifere Arbeiter angewidert und enttäuscht von der Wahl fernbleiben.

So kommt der „Volkswille“ zustande, der es den herrschenden ermöglicht, große Massen des Volkes darüber zu täuschen, daß ihre Gewalt Herrschaft in Wahrheit nicht auf der Zahl ihrer Sitze im Parlament, sondern auf ihrer bewaffneten Macht, auf dem Besitz der wirtschaftlichen Machtmittel, auf der Ergebenheit der Bürokratie, der Justiz, der Kirche, auf der Beherrschung der Presse, auf der Gefügigkeit der Gewerkschaften und so weiter beruht, auf lauter Machtpositionen, die durch keine Mehrheit im Parlament beseitigt werden können, selbst wenn das Bürgerium nicht in der Lage wäre, eine solche Mehrheit zu hintertreiben.

Proletariat! Gebt die törichte und verhängnisvolle Hoffnung auf das Parlament auf, die Euren Kampfwillen lähmt. Erkennt, daß Ihr die politische Macht im Kampf erobern und alle Grundlagen der Herrschaft Eurer Ausbeuter zertrümmern und vernichten müßt, um den Kampf zum erlösenden Sozialismus frei zu bekommen, daß es notwendig ist, Euch im Kampfe um gemeinsame Ziele Eurer Klasse zusammenzufinden und so die Kraft zu schaffen, die den Kampf um die politische Macht aufnehmen kann, und zeigt, daß Ihr dies wollt, indem Ihr kommunistisch wählt.

Proletariat! Laßt Euch nicht wieder zum tausendstenmale einfangen durch heuchlerische Wahlversprechungen und seht sie noch so eingehüllt in revolutionäre Phrasen wie bei den Unabhängigen, bekennet Euch zu den unerbittlichen Feinden der Bourgeoisie und ihrer „Demokratie“, wendet Euch ab von den Scheinsozialisten, die offen diese Demokratie blutig verteidigen, wendet Euch ab von denen, die diese Demokratie nur scheinbar bekämpfen und nur für eine unhaltbare Halbdiktatur zu haben sind, sendet unveröhnliche Feinde des Parlamentes in dasselbe, wählt kommunistisch und bekennet so laut und vernehmlich, daß Ihr nur in dem

Kampf für die Diktatur des Proletariates

den einzigen Ausweg erkennet, und daß Ihr zu diesem Kampfe jetzt und unbegrenzt entschlossen seid.

Die Antwort des Polizeipräsidenten.

Der Polizeipräsident hat allen Zeitungen außer uns folgenden Ullas mitgeteilt:

Gegen die „Schlesische Arbeiterzeitung“ ist wegen des heutigen Artikels „Die Stoßtrupps der schlesischen Junker“ gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden, weil sie in den festgedruckten Schlussabsätzen dazu auffordert, die Besitzer von den Gütern zu verjagen und der verfassungsmäßig eingesetzten Reichswehr die Waffen abzunehmen.

Zu den Mitteilungen des fraglichen Artikels ist zu bemerken, daß nach Eröffnung des hiesigen Büros der Arbeitsgemeinschaft Kossbach eingehende Ermittlungen über dessen Tätigkeit stattgefunden haben. Nach den Feststellungen auf Grund des gesammelten auf dem Büro vorgefundenen Materials und eingehender Vernehmungen beschästigt sich das Büro mit Unterbringung der früheren Angehörigen des Detachements Kossbach in Arbeitsstellen auf dem Lande. Für eine unerlaubte Bildung militärischer oder politischer Verbände oder gar Waffenbesitz ergaben sich keinerlei Anzeichen. Trotzdem sind nunmehr auf Grund der in der hiesigen Presse aufgestellten Behauptungen erneute Ermittlungen angeordnet.

Also: Die Kommunisten, die das Bild der Orgeß und ihrer „Arbeitsgemeinschaft Kossbach“ enthält und schwere Verbrechen aufgedeckt haben, werden unter Anklage gestellt, angeblich nur weil sie der Arbeiterzeitung den einzig möglichen Weg der Notwehr gerieten haben. Daneben aber ist die gerichtliche Voruntersuchung gegen uns eine Verhängung des Polizeipräsidenten vor der von uns bekämpften Orgeß.

Gegen die Orgeß, die wir vor dem Gericht des Proletariats und aller Öffentlichkeit auf die Anklagebank gesetzt haben, hat der Polizeipräsident, trotzdem er weiß, daß das von uns und der „Volkswacht“ gebrachte Material durchaus zuverlässig ist und trotzdem wir uns bereit gefassten haben, ein weiteres Material zu übermitteln und Zeugen zu stellen, erneute Ermittlungen angeordnet.

Kraßer konnte der Polizeipräsident den Charakter seiner Tätigkeit und der bürgerlichen Justiz als Missetäter zur

Unterdrückung der Arbeiterklasse nicht bloßstellen. In dieser Beziehung sind wir ihm fast zu Dank verpflichtet.

Aber damit wollen wir es nicht bewenden lassen. Wir richten an den Polizeipräsidenten folgende kleine Anfragen:

1. Hat er die des Mordes verdächtigen Feldwebel Otto und Sergeant Gause, bevor sie fliehen konnten, verhaftet?
2. Hat er auf den von uns angeführten Gütern Durchsuchungen nach Waffen und Munition stattfinden lassen, ob diese nach anderen Vertrieben geordnet sind?
3. Hat er den Leutnant Michael verhaften lassen?
4. Hat er die von uns namhaft gemachten Orgeßführer verhaften lassen?

Wir könnten noch zwanzig solcher Fragen aufwerfen, um den Herrn Polizeipräsidenten an das zu erinnern, was er gegenüber Arbeitern immer als seine „Pflicht“ bezeichnet. Aber wir wollen genug sein lassen, wissen wir doch, daß dadurch das Proletariat nicht um die Selbsthilfe, die Notwehr gegen die Orgeß herankommt. Aber vielleicht denken Sie einmal über diese Fragen nach, Herr Polizeipräsident, für den Fall, daß wir uns im Gerichtssaal treffen sollten.

Die ganze erbärmliche Hilflosigkeit der SPD-Führer gegenüber der ihren Regierungskünsten über den Kopf wachsenden Gegenrevolution kommt in dem Kommentar des „Volkswachters“ zu dem Ullas des Polizeipräsidenten zum Ausdruck. Er lautet:

„Es wäre festzustellen, ob diese im Land auf die Güter verteilte ehemalige Soldateska Waffen besitzt. Wir haben noch weitere Beweise, daß die Reaktion überall rüßt und nach den Wahlen, sollten sie nur irgend günstig für sie ausfallen, zum Schlag gegen die Republik auszuholen wird. Eine strenge Untersuchung muß unbedingt gefordert werden, damit wir nicht, wie ein deutschnationaler Führer kürzlich in Köln erklärte, eines Abends in der Republik schlafen gehen und anderen morgens im laienlichen Deutschland erwachen.“

Hoffnung auf die Polizei und bürgerliche Justiz. „Strenge Untersuchung“ wird gefordert. Die alte Polizei wird

Ja das nicht der Spieß der Polizei ist, sondern der der Arbeiter in Brandenburg und überall so ähnlich geschick

Der Kommunistenprozeß vor dem Kasseler Blutgericht.

Der zweite Tag (Mittwoch) des Prozesses begann mit zweistündiger Verspätung. Der Vorsitzende rüffelte die Zuhörer. Angehörige der Angeklagten hätten diesen während der letzten Verhandlung Paßete zugesteckt. Es waren Lebensmittel. Die Gefangenen sind heute auf Hungerloft gesetzt. Jetzt wird es den Angehörigen auch noch verboten, die Angeklagten nicht verhungern zu lassen.

Der Verteidiger Dr. Wolff stellt dann den Antrag, die sieben Angeklagten aus der Haft zu entlassen. Tatsächlich lasse eine Reihe von Fällen darauf schließen, daß eine ganze Anzahl von Gerichten ihre Tätigkeit nicht so ausübe, wie es die Objektivität erfordere. Der Verteidiger erwähnt die Fälle von Marloh, Kossbach und Kessler, denen sogar gemeine Verbrechen zum Vorwurf gemacht worden seien, wo aber die Angeklagten doch auf freiem Fuß belassen wurden. Dann kommt er auf die teilweise Veröffentlichung der Anklageschrift vor der Hauptverhandlung zu sprechen. Es habe den Anschein, daß die Öffentlichkeit vor der Wahl und wo es sich darum handele, der Entente Material zu geben, einseitig beeinflusst werden sollte. Diesen Vorwurf richtete er besonders gegen den Staatskommissar für öffentliche Ordnung und behauptet, daß direkte Fälschung des Materials vorliegt. Als linksprechender Führer gebe er sein Wort, daß die Angeklagten sämtlich, wenn sie aus der Haft entlassen würden, pünktlich zum Gericht erscheinen würden. Der Vorsitzende selbst habe gesagt, daß die Angeklagten sich nicht als Verbrecher fühlen müßten. Der Verteidiger behauptet ferner, daß die Angeklagten noch keiner Formation angehört hätten. Solange nicht der tatsächliche Zusammenhang zwischen Stäben und Mannschaften erfolge, sei der § 1 der Anklage nicht erfüllt. Das Material ist schon soweit veröffentlicht worden, daß die wahrhaft Schuldigen bereits lange verschwunden sein könnten. Eine Verjährungsgefahr sei nicht mehr vorhanden. Selbst bei einem Schuldig würde das Gericht nicht auf Zuchthaus erkennen, da die Angeklagten aus politischer Ueberzeugung gehandelt hätten. Die wilden Freikorps hätten feinerzeit Plünderungen vorgenommen und schritten in Königsberg selbst gegen die bewaffnete Macht ein. Damals wurde die Festungshauptstadt angegriffen. „Sie als moderner Richter“, sagte der Verteidiger, „stehen nicht auf dem Boden der Abschreckungstheorie“. Selbst Gefängnisstrafen würden etwas Schreckliches für diese unvorbestraften Leute sein. Ein Fluchtverdacht bestehe nicht.

Die Angeklagten sind zu dieser Zeit aus politischer Ueberzeugung gekommen und nicht aus Gewinnsucht. Der eine Angeklagte, Lehrer Zaiser, ist sogar Offizier und das Wort eines Offiziers sollte ihnen auch heilig sein. Im weiteren Verlauf der heutigen Verhandlung werden zunächst verschiedene Angeklagte darüber vernommen, wie sie in die kommunistische Bewegung gekommen sind. Der Lehrer Zaiser berichtet, daß er als Offizier in Rußland den russischen Bolschewismus kennen gelernt habe. Er habe sich gesagt, daß in dieser Bewegung ein guter Kern stehe. Im Kreise freiwirtschaftlich gestimmter Lehrer habe er dann weitere Belehrungen über den Kommunismus erhalten und er habe sich schließlich der Kommunistischen Partei ganz zur Verfügung gestellt. Der Angeklagte Harbich, der heute 23 Jahre alt ist, schildert das Elend seiner Jugend. Sein Vater ist am Alkohol zugrunde gegangen. Dafür macht der Angeklagte die heutige Gesellschaft verantwortlich. Er schildert dann, wie er als 16-jähriger bereits zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß die angeblichen Führer der Sozialdemokratie durch die Zustimmung zur Kriegsführung die internationale Sache verraten hätten. Er habe sich später als Soldat in Straßburg der Kommunistischen Partei zur Verfügung gestellt und sei schließlich zum Spartakusbund übergetreten. Der dritte Angeklagte Kuffer ist lange Zeit bei Krupp beschäftigt gewesen. Wiederholt wurde er gemahregelt, weil er sich zu ausgiebig linksradikal betätigte. Der heute fünfzigjährige Angeklagte gibt an, daß er schon als Kind das Elend des Krieges erfahren habe: u. a. seien seinem Vater 1866 die Beine zerhackt worden.

Sodann wurden die Angeklagten zur Sache vernommen. Den Anfang machte der Angeklagte Harbich. Auf die Frage, ob er zur Roten Armee gehört habe, gab er eine ausweichende Antwort. Der Angeklagte verhält sich äußerst schweigend und lehnt jede Auskunft ab. Der Vorsitzende legt ihm dann verschiedene Dokumente vor, die bei der Hauptverhandlung gefunden worden seien. Eines derselben enthält einen Organisationsplan, der von Harbich selbst geschrieben ist. Der Angeklagte will nicht wissen, was die Abkürzungen 300. (Central-Obereitung), 23. (Bezirks-Verwaltung) und

113

andere Ablösungen nach militärischer Art bedeuten sollen. Er will auch nicht wissen, wer der Kreisorganisator von ihnen bei Dortmund gewesen sei. Der Vorsitzende macht ihn darauf aufmerksam, daß er, Harbich, sich selbst als solcher in die Liste eingetragen habe. Darauf schweigt der Angeklagte wiederum. Ein zweites Dokument enthält einen militärischen Organisationsplan. Es werden darin bewaffnete Stoßtrupps aufgeführt und mit Nummern bezeichnet. Insgesamt umfaßt danach der Bezirk Dortmund 617 Mann. Ferner enthält das Dokument die Gliederung eines Stoßtruppskommandos. Es ist darin von Infanterietrupps, Maschinengewehrtruppen und sogar von Minenwerfern die Rede. Die Stärke dieses Kommandos wird über 2000 Mann beziffert. Der Angeklagte gibt zur Antwort, es habe sich lediglich um Nachrichten gehandelt, die über Organisationsplan der „Orgesch“ bekannt geworden seien. Im weiteren verliest der Vorsitzende einen Fragebogen, der zum Teil bereits ausgefüllt ist. Darin wird Bericht eingeholt bis zum 28. Dezember, wie weit die militärische Organisation gelaufen sei. Unter anderem wird auch die Frage gestellt, mit welchem Gegner man es zu tun habe, mit der Reichswehr, mit der Gipo oder mit einer anderen Organisation. Aufgeschrieben ist dieser Fragebogen mit Wilhelm Zell. Der Angeklagte verweigert jede Auskunft darüber, wer sich unter diesem Decknamen verbirgt. Der Vorsitzende fragt sodann die übrigen Angeklagten und von diesen meldet sich der Angeklagte Harbich, daß er jener Wilhelm Zell sei. Nach einer Auseinandersetzung zwischen dem Verteidiger und dem Vorsitzenden über die Zulassung des Rechtsanwalts Dr. Reuß als Beuge sowohl wie als Mitverteidiger, wird die Verhandlung auf Donnerstag früh 9 Uhr vertagt.

Politische Uebersicht.

Ein mysteriöser Selbstmord.

Die „Kote Fahne“, Berlin, berichtet: In Berlin-Westend und in der Scharnhorststraße sind große Orgeschwaffenlager entdeckt worden. Der Hauptbeschuldigte, der Orgeschmann Assessor Dr. Hehl, ist nach berühmtem Muster flüchtig gegangen. Nun erzählt man die unheimliche Tatsache, daß der junge Mann, der zuerst Mitteilung von dem Waffenversteck im Westen gemacht hat, sich das Leben genommen hat. Es handelt sich nach der „K. F.“ um einen Bankbeamten G., einen einheimischen Kriegertrupp, der im Schlossparkett Charlottenburg lag und Mitglied der Orgesch ist. An seinem Todestage hat er erzählt haben, daß seine Kameraden von der Orgesch ganz außer sich über die Entdeckung des Waffenlagers gewesen seien. Am Sonntagabend sei G. in ein Weinrestaurant in der Wilmersdorferstraße gekommen, habe dort erzählt, daß er in einer Waffenschachtel unangenehm verwickelt sei und habe sich auf der Toilette erschossen. Dieser Vorfall läßt auf das Wesen des Orgeschversteckens die bedenklichsten Schlüsse zu. Der Verdacht liegt auf der Hand, daß es sich hier — wenn überhaupt Selbstmord vorlag — um eine Verzweiflungstat aus Furcht vor der Orgeschlustrache gehandelt hat. Wenn die Angst vor der Rache der Kameraden den unglücklichen „Verräter“ in den Tod getrieben hat, so mag das einen Begriff davon geben, wie grausam und strapaziös der Feind in Gestalt der christlichen Ordnungswächterin Orgesch dem Proletariat gegenübersteht, ein Feind, der jeder Menschlichkeit und der gewöhnlichen Verordnungen eines Staates spottet.

Wie begründet der Verdacht der Lustrache ist, haben unsere Enthüllungen über die Orgesch in der „Arbeitsgemeinschaft Kogbach“ gezeigt.

Mit Herrn Ebert würde ich gerne zusammenarbeiten.

Der „Vorwärts“ streitet sich mit Wilhelm, dem Ersten. Wilhelm soll einem holländischen Journalisten gegenüber auf die Sozialdemokraten geschimpft haben. Sie hätten das deutsche Volk, Gott und ihn (den Kaiser von Gottes Gnaden) verraten. Eigentlich könnten sich Republikaner, Demokraten und Sozialdemokraten nur zur Ehre antworten, das deutsche Volk von einem Kaiser von Gottes Gnaden befreit zu haben. Der „Vorwärts“ fühlt sich aber beleidigt und erinnert den Erklärer daran, daß dieser selbst am Ende des Krieges Sozialdemokraten zu Ministern ernannt habe in dem wahren Glauben, sie würden ihm aus der Falsche helfen. Als Max von Baden die Reichskanzlerschaft Herrn Ebert übertrug, habe Wilhelm sogar gesagt: „Mit Herrn Ebert werde ich gerne zusammenarbeiten.“

Da diese Äußerung bisher noch nicht bekannt war, wird sie der „Vorwärts“ auch wohl von Herrn Ebert haben. Uebrigens war Wilhelm's Glaube, daß ihm Ebert, Scheidemann und Genossen aus der Falsche helfen würden, gar nicht so naiv. Sie hätten ihm geholfen, wenn es noch gegangen wäre. Scheidemann hat ja nach seinem eigenen Zeugnis die Abdankung Wilhelms, wie alle übrigen Minister, auch nur empfohlen, um dem deutschen Volk die Illusionen der Monarchie zu erhalten. Der „Vorwärts“ entwirft sich also vom kaiserlichen Standpunkt aus mit Recht über die kaiserliche Unabständigkeit Wilhelms, der tatsächlich mit Herrn Ebert sehr gut zusammenarbeiten wollte. Zusammen kann es ja Wilhelm, wenn ihm die Orgesch wieder helfen sollte, noch einmal mit Herrn Ebert versuchen. Ebert ist inzwischen auch viel zusammenarbeitensfähiger geworden.

Ersparnispläne bei der Eisenbahn.

Zwei Hilfspersonal und Reparaturkosten. Berlin, 17. Februar. In den letzten Sitzungen des Reichstages im Reich-Verkehrsministerium ist auch die Frage angesprochen worden, wie man beträchtliche Ersparnisse im Betriebe der Reich-Eisenbahnen machen könne. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat man dabei zwei Möglichkeiten ins Auge gefaßt, nämlich einmal eine Personalverringern und dann eine Umstellung des Reparaturwesens. Bei der Personalverringern wird man kaum eine erhebliche Herabsetzung der Zahl der Beamten vornehmen können, da die technischen Betriebe auf den Personen- und Güterbahnhöfen stets ein Mindestmaß von Kräften erfordert, das ohne Gefahr für die Sicherheit auf den Strecken nicht weit eingeschränkt werden kann. Dagegen wird sich wahrscheinlich eine Verringerung der rund 70-80 000 Hilfsbeamten, die früher als Anwärter zu den Arbeitern zählten, vornehmen lassen. Vor allen Dingen aber — und dieser Wunsch wird auch von zahllosen Beamten unterstützt — will man sobald als möglich die Hilfskräfte aus den Betrieben entfernen, die anerkanntermaßen viel dazu beitragen, die Unfähigkeit in der Gepäcks- und Güterbeförderung zu steigern. Schwieriger ist die Frage einer Umstellung des Reparaturwesens zu lösen. Statistisch läßt sich feststellen, daß die Privatindustrie bei Ausbesserungen Preise verlangt, die zum Teil die Eigentümern der Reparatur der Reichswerkstätten bis zu 45 Proz. übersteigen. Der vor einiger Zeit aufgetauchte Vorschlag, den Reparaturbetrieb ganz in Privatband zu überführen, dürfte deshalb beim Reichs-Verkehrsministerium keineswegs auf Gegenliebe stoßen. Man ist hier vielmehr der Ansicht, daß

nicht ins Auge gefaßt, nämlich einmal eine Personalverringern und dann eine Umstellung des Reparaturwesens. Bei der Personalverringern wird man kaum eine erhebliche Herabsetzung der Zahl der Beamten vornehmen können, da die technischen Betriebe auf den Personen- und Güterbahnhöfen stets ein Mindestmaß von Kräften erfordert, das ohne Gefahr für die Sicherheit auf den Strecken nicht weit eingeschränkt werden kann. Dagegen wird sich wahrscheinlich eine Verringerung der rund 70-80 000 Hilfsbeamten, die früher als Anwärter zu den Arbeitern zählten, vornehmen lassen. Vor allen Dingen aber — und dieser Wunsch wird auch von zahllosen Beamten unterstützt — will man sobald als möglich die Hilfskräfte aus den Betrieben entfernen, die anerkanntermaßen viel dazu beitragen, die Unfähigkeit in der Gepäcks- und Güterbeförderung zu steigern. Schwieriger ist die Frage einer Umstellung des Reparaturwesens zu lösen. Statistisch läßt sich feststellen, daß die Privatindustrie bei Ausbesserungen Preise verlangt, die zum Teil die Eigentümern der Reparatur der Reichswerkstätten bis zu 45 Proz. übersteigen. Der vor einiger Zeit aufgetauchte Vorschlag, den Reparaturbetrieb ganz in Privatband zu überführen, dürfte deshalb beim Reichs-Verkehrsministerium keineswegs auf Gegenliebe stoßen. Man ist hier vielmehr der Ansicht, daß

Arbeiterschaft und Preußenwahl.

Die für viele Arbeiter noch kürzlich sehr verworrene Situation klärt sich immer mehr: Die Gegner der proletarischen Einheitsfront kommen sich näher und den Arbeitern wird immer klarer, daß sie

nur auf dem Boden des „Offenen Briefes“ der KAPD.

sich gegen die sich enger zusammenschließende antikomunistische Reaktionsfront zu einheitlicher Kampffront formieren müssen!

Die Gewerkschaftsbürokratie mit Gipo, die SPD. und die USR. mit Fuß und die gesamte bürgerliche Presse haben sich nun im Kampfe gegen die Kommunisten zusammengeschlossen. Daraus ergibt sich nun auch für die Arbeiter eine weitaus klarere erkennbare Situation. Es ist darum dringend nötig, daß die letzten paar Tage noch zur Aufklärung in diesem Sinne ausgenutzt werden. Die Wahlen am 20. Februar sind durch diese Klärung ungeheuer wichtig geworden, denn sie müssen als ein Referendum zur Revolution, zur Tatbereitschaft und zum Kommunismus aufgefaßt werden, und darum sind sie wichtiger und bedeutungsvoller als Wahlen je zuvor.

die Reparaturwerkstätten fester ausgebaut werden müssen, und ein Projekt, das dem Reichs-Finanzministerium vorgelegt hat, beabsichtigt sogar, eigene staatliche Lokomotivfabriken zu errichten, um auf diese Art und Weise die gegenwärtig sehr hohen Verdienste der Privatindustrie auszuhebeln. Diese Fragen werden jetzt durchgeprochen und dann in Form detaillierter Vorschläge dem Reichs-Verkehrsminister und dem Reichs-Finanzminister zur weiteren Prüfung vorgelegt werden.

Weil der kapitalistische Staat „sparen“ will, wirft er 70-80 000 Arbeiter auf die Straße, mit der gemeinen Bemerkung, daß sie es ja seien, die die Unfähigkeit im Gepäcks- und Güterverkehr steigern. Diese schamlose Willkür können nur die Arbeiter selbst beizugehen.

Parteitag der KAP.

In diesen Tagen findet in Sofia ein Parteitag der KAP. statt.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale zum Parteitag der KAP.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.)

Moskau, 14. Februar.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale entbietet dem Kongreß der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands ihren Gruß. Wir hoffen, daß die Beschlüsse des Kongresses und die ihm folgenden Handlungen jene Sympathie, der die Führer der KAPD. der einheitlichen Organisation der Weltrevolution der Kommunistischen Internationale gegenüber Ausdruck geben, mit Taten dokumentieren werden. In diesem frühigen Augenblick, in dem die Verschärfung der wirtschaftlichen Krisis den Höhepunkt des Glanzes der auf die Straße geworfenen arbeitenden Massen und die mit gespanntesten Kräfte betriebene Organisation der gegenrevolutionären Kräfte die Personalliste der erwarteten revolutionären Situation andeuten, wäre es ein Verbrechen, die einheitliche Front der revolutionären Parteien zu verhindern. Die um den Preis des Todes der besten des deutschen Proletariats, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, erworbenen Erfahrungen mögen Euch erinnern, daß es ohne einheitliche Leitung keinen entscheidenden revolutionären Erfolg geben kann. Entsetzt allem kaiserlichen Scheitern und freudig, daß der wohlorganisierte Gegenrevolution des ganze revolutionäre Lager des Proletariats einheitlich gegenübersteht. Die deutsche proletarische Revolution steht wieder vor entscheidenden Stunden. Es ist an Euch, die schlagfertige Kampffront aller Kommunisten Deutschlands zu schaffen. Es lebe die Kommunistische Internationale! Es lebe die Einheit aller Kommunisten Deutschlands! Es lebe die Weltrevolution! Es lebe Sozialismus!

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Eine Wandlung in der KAPD. In der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung“ in Berlin haben wir folgende Erklärung: Wir erklären, daß das Mitglied der KAPD, Pfenner als verantwortlicher Redakteur der „Allion“ Artikel, die das Verhältnis der KAPD zur Dritten Internationale behandeln, sich leichtfertiger Verleumdung und Entschneiderei schuldig macht. Wir erwarten, daß er wegen dieser Anschulldigung ein Parteigericht anrufen wird. Die Redaktion.

Es scheint also, daß das hysterische Geschrei Pfenner nun endlich auch seinen eigenen Parteigenossen auf die Nerven fällt. Freilich ist der Unterschied zwischen der Schreibung der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung“ und der Pfenner nicht eben sehr beträchtlich. Wenn aber die Erklärung der Redaktion der „K. A. Z.“ eine Aenderung der Schreibweise dieses Blattes anfünden sollte, so erfüllt sie damit endlich eine Notwendigkeit, die uns im Interesse des Prestiges der Kommunistischen Internationale, wie im Interesse unserer zukünftigen Verhältnisse zur KAPD. in gleicher Weise geboten erscheint.

Das Schreiben der Exekutive an den Parteitag zeigt den Mitgliedern der KAP., was für Taten die Exekutive von ihnen erwartet. Um die dafür nötige Atmosphäre zu schaffen, müssen die KAP.-Arbeiter außer mit Pfenner auch noch mit anderen Literaten an der Spitze ihrer Partei aufkommen. Wir meinen die hysterischen Schreier in der „K. A. Z.“ die den Aufruf zur Massenfront als „Wahlschwindel“ u.ä. verschrieen.

Der Grundsatz — nein der Grundsatz des Oberpräsidenten Hörsing.

Oberpräsident Hörsing hat am 7. Februar durch einen Grundsatz die Gipo-Kommandos der Provinz Sachsen angewiesen, alle Beurlaubungen sofort zurückzunehmen und für die nächsten Tage niemand zu beurlauben. Herr Hörsing hat Kommunistenangst, Ausländerangst und, wie all die Wahngelüste heißen, die schon den weinseligen Friedrich Wilhelm IV plagten. Er rastete förmlich in Ausweisungserlassen. Aber schon zwei Tage darauf wurde wenigstens der eine Angstgrundsatz, der uns im Wortlaut vorliegt, zurückgezogen. Der Spitzelapparat hatte dem Herrn Oberpräsidenten einen Bären aufgebunden.

Während wälzte sich im Bette Kurfürst Friedrich von der Pfalz. Gegen alle Kisterei brüllte er aus vollem Hals: Wie kam gestern ich ins Nest? Ah, scheint's, wieder voll gewest!

Eine Staatsstüge.

Aus dem Danziger Parlament.

Hörsing scheint Schule zu machen. Es gibt im Deutschen Reich offenbar noch mehr hohe Staatsstügen, die über die Qual der Staatsgeschäfte Trost bei der Flasche suchen. Sie hatten denn unsere Danziger Genossen die Gelegenheit, folgende Anfrage im Danziger Parlament zu stellen:

1. Ist dem Senat bekannt, daß der Senator Schimmer auf der elektrischen Straßenbahn nach Langfuhr in stark angegrabenem Zustande dem Führer des Wagens ein Bündchen Zigarren weggenommen und den Spender derselben durch einen Polizeibeamten zum 5. Polizeirevier bringen lassen? Ferner, daß Senator Schimmer auf der Polizeiwache in seinem betrunkenen Zustande entsprechenden Protokoll hat verfaßt lassen, welches am nächsten Tage zum Polizeipräsidenten geschickt wurde? Dieses Protokoll ist verschwunden!

2. Was gedenkt der Senat zu tun, derartige ungeschickliche Handlungen seiner Mitglieder in Zukunft zu verhindern und wie gedenkt er in dem oben geschilderten Falle dem Gesetz Geltung zu verschaffen?

Den herausragenden Ordnungstugenden, die mit dem Schimmer nach Rache und Ordnung gegen die Kommunisten zu Felde zu ziehen pflegen, dürfte der Zugschpiegel, der ihnen vor unseren Genossen vorgehalten wurde, peinliche Gefühle anheben. Diese Kommunisten haben auch gar keinen Respekt! Sie untergraben wirklich in rücksichtsloser Weise die Autorität.

Der Reichslandbund.

das bündlerische Rückgrat der Orgesch, kommt am 3. März im Circus Busch in Berlin zur diesjährigen Bündlerparade zusammen.

Ausland.

Der wirkliche Stand der russisch-polnischen Friedensverhandlungen.

Eine Unterredung mit Joffe. (D.A.) Riga, 15. Februar. Ueber den Stand der russisch-polnischen Friedensverhandlungen in Riga sind bekanntlich in der letzten Zeit die widersprechendsten Gerüchte durch die westeuropäische Presse gegangen. Wirklich autoritative Nachrichten waren von keiner Seite zu erlangen. Veranlaßt durch die Falschmeldung, daß der Friede in Riga bereits abgeschlossen sei, und durch den Falschmeldung der polenfreundlichen Presse gegen Sowjetrußland, sah sich der Delegierte der Sowjetrepublik Joffe in die Lage versetzt, nunmehr auch die Ansicht der Sowjetregierung der Öffentlichkeit mitzuteilen. Joffe erklärte daher dem Rigger Berichterstatter der „Dzenn“:

„Jocifelles ist Polen an einer schnellen Unterzeichnung des Friedens sehr interessiert. Das wird auch von der polnischen Presse sehr betont. Nach meiner Auffassung liegt die Verzögerung der Verhandlungen an der unentschiedenen Haltung der polnischen Delegation, deren Gründe wohl in der innerpolnischen Lage Polens zu suchen sind. Wie wenig berechtigt es ist, mir die Schuld zu

Schiffe zu schicken, beweist die Tatsache, daß die russisch-ukrainische Friedensdelegation heute wie schon seit langem bereit ist, die kürzeste Frist zur Ausarbeitung und Unterzeichnung des endgültigen Friedensvertrages zu vereinbaren.

Ueber die Reise Wladislaw nach Paris äußerte sich Joffe, daß das wichtigste Ereignis im Zusammenhang mit dieser Reise die Rede des französischen Präsidenten Millerand sei, worin er sagt, daß die Grenzen Polens nicht endgültig festgelegt seien. Darin könne man nur einen Hinweis auf die offizielle Frage erblicken, wo Frankreich aufheben seine Barrieren-Politik fortzusetzen beabsichtige, und er fuhr fort:

Rußland hat bisher diese Frage der Grenzrevision mit großer Loyalität nicht aufgerollt. Sehr sonderbar hingegen in dieser Situation auch die polnischen Drohungen mit Frankreich, das den Polen im Krieg gegen Rußland helfen werde. Sowjetrußland und die Ukraine haben den Polen Bedingungen angeboten, die das Maximum der Leistungsfähigkeit darstellen. Frankreich hat es bisher in drei Interventionsjahren nicht vermocht, Rußland solche Verpflichtungen aufzuzwingen, die von uns als unerträglich erkannt sind. Ich hoffe aber, daß die polnische Delegation bald unsere und die eigene Lage begreift, und daß der Friede in Kürze unterzeichnet wird.

Angst vor dem englischen Proletariat.

Das englische Parlament wurde am Dienstag mit einer Rede, die der König verlas, eröffnet. Ueber die für den König getroffenen Vorsichtsmaßnahmen berichtet das „Berliner Tageblatt“:

„Das Parlament selbst waren außerordentliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Das ganze Parlamentsgebäude wurde vom Keller bis zum Dach von Polizisten durchsucht, ehe die Sitzung eröffnet wurde, und besonders Defektive und Geheimagenten waren anwesend. Für das Publikum war der Zutritt völlig gesperrt. Die Galerien blieben geschlossen, und nur die Mitglieder beider Häuser sowie Persönlichkeiten, deren Anwesenheit kraft ihres Amtes erforderlich war, durften der Verhandlung beizuohnen.“

Die Klasse Angst!

Offensive des Grubenkapitals gegen die englischen Bergarbeiter.

London, 16. Februar. Das sozialistische Blatt „Daily Herald“ berichtet, die Grubenbesitzer von England hätten sich entschlossen, Ausperrungen vorzunehmen, um die Höhe der Bergarbeiter dem Kohlenpreis entsprechend zu senkern.

Die englischen Grubenbesitzer haben von den deutschen Kapitalisten gelernt. Daß sie die Bergarbeiter in solchen Maßstab provozieren, beweist, daß sie die Wirtschaftskrise in England bereits so fortgeschritten ist, daß ihnen an der Fortsetzung der Produktion nichts liegt.

Aus der Partei.

Genosse Curt Geyer — Vertreter der UKPD in Moskau.

Die Zentrale unserer Partei hat beschlossen, den Genossen Curt Geyer als Delegierten in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale zu entsenden. Genosse Geyer hat die Reise nach Moskau vor einigen Tagen angetreten. Er wird nur etwa zwei bis drei Monate in Moskau bleiben, um dann durch einen anderen Genossen abgelöst zu werden. Durch häufigen Wechsel unserer Vertreter in Rußland soll vermieden werden, daß unser Delegierter die innige Verbindung mit dem deutschen Parteileben verliert, was bei den Hindernissen, die der Kapitalismus einer schnellen Verkehrsmöglichkeit zwischen Westeuropa und Sowjetrußland bereitet, sehr leicht der Fall sein könnte. Genosse Adolph Hoffmann, der sofort nach unserem Halleischen Parteitag mit der Vertretung unserer Partei in Moskau beauftragt wurde, wurde zunächst durch andere dringende Aufgaben in Berlin zurückgehalten. Vor einigen Wochen wurde er von unserer Parteizentrale gebeten, erst eine spätere Vertretung in Moskau zu übernehmen und für die Dauer des Wahlkampfes um den Reichstags-Sandtag, zu dem Genosse Hoffmann an der Spitze aller vier Brandenburgischen Listen kandidiert, in Deutschland tätig zu sein.

Ausschluß

der Münchener Nationalsozialisten.

Die Zentrale unserer Partei beschloß in ihrer gestrigen Sitzung den Ausschluß von Otto Thomas und Otto Graf wegen der bekannten Vorkommnisse in der Münchener Partei.

Aus der Provinz.

Alle Ortsgruppen des Bezirks werden dringend ersucht, uns sofort nach Feststellung des Wahlergebnisses telegraphisch oder telephonisch in Kenntnis zu setzen.

Unterbezirke und Orte, die noch Stimmzettel benötigen, müssen diese durch mit Ausweis versehene Kuriers auf der Bezirksverbindungsleitung, Breslau I, Nikolaistraße 49/50, abholen lassen.

Konradswalden, St. Sandeshut. Am 13. Februar sprach das erste Mal ein Kommunist, der Genosse Müller aus Oberharmersdorf zu der Konradswaldener. Er war sehr nett, aber die Konradswaldener hielten mit Aufmerksamkeit die Worte, die der Genosse Müller über „Einigung“ zwischen uns und die Stellung der Kommunisten zu den

Eberts Blutgerichte aller Orten.

Jahre Wendung des Essener Kommunistenprozesses.

Selbstenttarnung eines Spitzels.

Essen, 16. Februar. Der Spitzel Hans Lombrack, der bisher von der Staatsanwaltschaft angeblich nicht gefunden werden konnte, hat sich heute freiwillig dem Gericht gestellt. Es gab im Gerichtssaal eine peinliche Aufregung. Hans Lombrack wurde gefragt, ob er als Spitzel tätig war. Nach kurzem Zögern gab er zu, seit Januar 1919 beim Generalkommando 7. A.-L. tätig gewesen zu sein, zur selben Zeit, als Severing als Reichstagskommissar in Münster residierte. Ueber den Lebenslauf Hans Lombracks nach der Revolution werden wir noch eingehend berichten. Er betonte in seiner Aussage, daß er, nachdem er festgenommen wurde, vom Untersuchungsrichter wieder freigelassen wurde, damit er ihm Material über die Wassertrummörder beschaffe. Er hat auch Zeugnisse namhaft gemacht, die jedoch nichts auszusagen konnten. Daraufhin ist er verschwunden, nachdem er 16 Arbeiter des Werkes am Wassertrumm beurlaubt hatte. Seine Feststellung als Hauptbelastungszeuge war daher für die Anklagebehörde sehr peinlich. Er erklärte in jedem einzelnen Falle, daß er wissenschaftlich falsche Aussagen gemacht habe, um Geld zu verdienen. Er glaubte nicht, daß ein solch schweres Verbrechen sich daraus entwickeln würde und widerruft nunmehr alles und ist sogar bereit, für seine fälschliche Aussage eine Strafe anzutreten. Er erklärte aber, daß keiner von den Angeklagten tatsächlich schuldig wäre. Er gab auch freiwillig an, daß vor dem Untersuchungsrichter ihm wissenschaftlich falsche Aussagen in den Mund gelegt wurden.

Das Anklagematerial gegen die Arbeiter, die zur Abwehr der bewaffneten Kappbanditen ihr Leben einsetzten und die heute dafür von der weißen Justiz dem Henker ans Messer geliefert werden sollen, jenes „erdrückende Material“ gemeldet, breitgetreten und aufgemacht, damit der fromme Bürger noch vor den Wahlen das Gruseln lerne, es ist zerplatzt wie eine Seifenblase.

Einer der vielen bezahlten Menschenjäger von Severings Gnaden hat sich aufgelegt, er glaubte sich bezahlt für die Fälschung von Spitzelsentwürfen, er glaubte sich nicht bezahlt für den blutigen Ernst, der nun werden sollte.

Gleichgültig, was den Spitzel Lombrack zu seiner Selbstenttarnung bewog, sei es, daß er menschliches Mitleiden verspürte, sei es, daß ihm das Blutgeld zu niedrig dünkte. Es steht fest, daß wieder einmal ein Justizmord an Arbeitern vorbereitet und in Szene gesetzt war, von denen, die im Namen des Rechts zu sprechen sich anmaßen. Es steht abermals fest, daß unter den Augen des Sozialdemokraten Severing Spitzel entsendet wurden nicht gegen die Orgel, sondern gegen Arbeiter, die den von Severing in tönenben Proklamationen verkündeten Kampf gegen die bürgerlichen Weiskardisten und Hochverräter wahrzumachen suchten.

Aus der Anklage gegen die Kommunisten wird eine Anklage gegen das verfluchte Spitzelsystem des Sozialdemokraten Severing.

Wir fragen, wird das Gericht die Stirn haben, wenn jetzt noch Dutzende von Belastungszeugen aufmarschieren und nach dieser Kennzeichnung des Anklagematerials als niederträchtige Spitzelmache auch nur einem der Angeklagten auch nur ein Haar zu krümmen? Sollte nicht vielmehr die Szene wechseln und jene wegen vorläufigen Justizmordplanes auf die Anklagebank kommen, die heute noch am Nichtertisch sitzen.

Das Urteil im Köthener Putschprozeß.

24 Arbeiter vom Ausnahmegericht in Dessau verurteilt.

Die Verhandlung am Mittwoch beginnt mit dem Händover des Staatsanwaltes. In der Hand hält er das „Dessauer Volksblatt“ der Dessauer SPD. Er verliest den Artikel: „Ein Gefangener vom Ausnahmegericht in Brandenburg freigesprochen“. Es heißt dort u. a.: Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis, obwohl nach der Verordnung des Reichspräsidenten nur Zuchthaus zulässig ist. Er erblickt darin einen Vorwurf gegen die Objektivität des Staatsanwaltes und fordert die Zurücknahme des Artikels, andernfalls wolle er sich alles weitere vorbehalten. Der Staatsanwalt führt dann aus, daß nach der Verordnung Eberts vom 30. Mai 1920 jedem verboten sei, Mitglied einer verfassungswidrigen militärischen Organisation zu sein, gleichviel, ob politisch links oder rechtsstehend. Alle Angeklagten seien trotz der Ebertschen Verfassung Mitglieder einer verbotenen geheimen Organisation der Roten Armee gewesen, jedoch fordere er für alle mildernde

Umstände. Eine gewisse Erbitterung, herausgeschworen durch die wirtschaftliche Lage, habe diese zur Teilnahme getrieben. Die drei Jugendlichen unter den Angeklagten seien durch den Terrorismus, der innerhalb gewisser Parteien herrscht, zur Teilnahme gezwungen worden. Für drei Angeklagte fordert der Staatsanwalt je 1 Jahr Gefängnis, für sechs 6 Monate, für vier 4 Monate, für einen 1 Monat, für einen 2 Monate, für sechs 5 Tage und für die drei Jugendlichen Freispruch. Nachdem sich das Gericht zu stundenlanger Beratung zurückgezogen hatte, verkündete der Vorsitzende, das Gericht habe den Vorschlag des Staatsanwaltes überschritten. Alle Angehörigen seien Mitglieder einer militärischen Organisation gewesen, haben also gegen die Verordnung Eberts verstoßen. So werden denn auch alle verurteilt. Zwei Angeklagte je 9 Monate Gefängnis, zwei je 6 Monate, vier je 4 Monate, sechs je 3 Monate, fünf je 2 Monate, vier je 1 Monat, und einer zu zwei Wochen. Morgen wird das Ausnahmegericht seine „Arbeit“ fortsetzen gegen Stäffarter Proletarier.

Aus Dessau wird uns gemeldet:

Am Dienstag begannen in Dessau vor einem Ausnahmegericht die Verhandlungen gegen die Beteiligten am Köthener Kommunistenputsch vom August 1920 in neuer dritter Auflage. Zweimal bereits haben in dieser und ähnlicher Gelegenheit Verhandlungen stattgefunden. Die Anklage drehte sich in den ersten Prozessen um die bekannte Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920. Für den jetzigen Prozeß ist ein Ausnahmegericht eingesetzt, und zwar das außerordentliche Gericht des Reichswehrkommandos I. Vorsitzender ist Landgerichtsrat Dr. Gentel-Berlin, Beisitzer Landgerichtsrat Dr. Jammerer-Berlin, Anklagevertreter Staatsanwalt Rat Pinow-Berlin. 24 Arbeiter aus Köthen sitzen auf der Anklagebank. Fast alles sind Mitglieder der KAP. Den ganzen Tag dauert ihre Vernehmung. Der Köthener Putsch, der ein Werk der Spitzelsarbeit des Oberleutnants Dr. Berg war, wird bis aufs Kleinste neu beleuchtet. Mit Sowjet-Rußland gegen Frankreich und Polen, das war die Parole, die dieser Spitzel ausgab, um die im national-bolschewistischen Fahrwasser eines Hausenbergs segelnde KAP in Köthen auf den Leim zu laden.

Fast alle Angeklagten sagen wörtlich über den Beweggrund ihrer Teilnahme am Putsch: Wir glaubten, es sollte wie 1813 zur Abschüttelung der Sklavenketten unseres Vaterlandes gegen Frankreich losgehen.

Die Vernehmung durch den Vorsitzenden richtet sich vornehmlich darauf, festzustellen, ob innerhalb der Arbeiterkraft Kampfgemeinschaften oder eine rote Armee bestanden habe oder noch besteht. Jeder der Angeklagten wird eingehend danach gefragt. Doch vergebens. Kein einziger weiß etwas von einer Kampfgemeinschaft. Der Prozeß nimmt voraussichtlich noch mehrere Tage in Anspruch. Wir werden über den weiteren Verlauf berichten.

Inzwischen meldet Wolffs Büro:

Dessau, 16. Februar. Im vierten Köthener Kommunistenprozeß wurde heute das Urteil gesprochen. Das Gericht verurteilte sämtliche 25 Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis zu 3 Monaten. — Der Staatsanwalt hatte für die jugendlichen Angeklagten Freisprechung beantragt.

Also ein Schlag ins Wasser. Eine Justizblamage. Die Bagatelldelikte sollen nur den Fehlgreif mäßigen. Immerhin ist es eine Schande, ja eine Gemeinheit, daß man Proletarier ins Gefängnis steckt, nur um nicht zuzugeben, daß wieder einmal eine antibolschewistische Justizaktion mißglückt. Wo aber bleibt der Oberleutnant Dr. Berg, dieser gewissenlose Spitzel, der die ganze Geschichte heraufbeschworen, die Justiz blamiert und die Angeklagten unschuldig ins Gefängnis gebracht hat? Was geschieht diesem, dem Hauptschuldigen? Wolffs Büro gibt keine Auskunft darüber.

Das Hochverratsverfahren gegen den Genossen Vater eingeleitet. — Das Blutgericht tagt weiter.

Das Reichsgericht hat das Hochverratsverfahren gegen den Genossen Vater in Magdeburg eingeleitet. Eberts Blutgericht, das Reichswehrgruppenkommando I in Berlin, weigert sich jedoch, Vater, der im Militärgefängnis zu Magdeburg gefangen gehalten wird, aus der Haft zu entlassen. Eberts Blutgerichte sind an Reichsgerichtsentscheidungen nicht gebunden, sie können tun, was ihnen gefällt. So wird also wohl jetzt gegen den Genossen Vater auf Grund Eberts gesetz- und verfassungswidriger Rechtsverordnung weiter verfahren. Schöne Justizzustände im sozialdemokratischen Preußen!

Sandtagswahlen“ sprach. Die Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf. Der Offene Brief der KPD wurde zur Sprache gebracht. In der Diskussion sprach ein Genosse der SPD, der sich voll und ganz mit den Forderungen des Offenen Briefes einverstanden erklärte, bis auf die Diktatur des Proletariats. (Dessen ist im Offenen Brief gar nicht die Rede.) In der Abstimmung über den Offenen Brief erklärten sich alle Anwesenden mit den Forderungen einverstanden.

Arbeiter und Arbeiterinnen von Konradswalden!

Der 20. Februar gibt Euch die Gelegenheit, Gen. Behnke mit dem Offenen Brief der KPD, mit dem kommunistischen Stimmzettel zu befrachten. Tat es! Blüht!

Schwarzwalde. Am Sonntag, den 6. Februar, fand im Sozialistischen eine öffentliche Versammlung der KPD statt, in der Gen. Müller aus Oberharmersdorf über „Deutschlands gegenwärtige Lage“ und die Sandtagswahlen sprach. In der Diskussion sprach ein Genosse der SPD, der erklärte, daß die Arbeiterklasse sich vor dem Wahlkampf befinden und sich voll und ganz auf den Kampf gegen die Konradswaldener und Unterharmersdorfer einstellen sollte. Denn nur durch

den Kampf in geschlossenem Zusammenstehen aller Proletarier könne die Gegenrevolution geschlagen werden. Im Schlußwort sagte Genosse Müller, daß jeder ehrliche Arbeiter diesen Willen zum Kampf am 20. Februar durch Abgabe des kommunistischen Stimmzettels bekunden müsse.

Lokales.

Breslau, den 19. Februar 1921.

Ein neues Blamage der „Volksmacht“. Einen außerordentlichen Respekt scheint die „Volksmacht“ doch vor mir zu haben, weil sie, nachdem ihre erste Blamage über den angeblich von einem Einsender (in Wirklichkeit von einem bekannten Subjekt in der Redaktion) verfaßten Artikel „Wer ist das?“ ein gewisses, noch verlogeneres folgen ließ. Dabei behauptet sie, die offenbar vergessen hat, daß Bürger ein gutes Gedächtnis haben müssen, um den einen Fehler, daß sie sich selbst bemerkt hat, ihre eigenen Funktionen folgen lassen.

Das Blatt tritt in seiner nächsten Nummer wieder auf den ganzen Mist den Köhler an und behauptet, daß wir nicht

**Schneidemaschinen
am Fläze.**

Apparate

neueste Maschinen vorzüg-
lichste und billig
gute Futter wird gekaut
& Futter
hinsiedelbrücke 48.

Schallplatten stets neueste Einfuhr aus vordr.
Reparaturen schnellstens und billig
Schallplattenbruch u. abger. Platten wird geschn.
Wiemer & Fetter
Breslau 1, Schmiedebrücke 43.